

te Herausforderung. Manuel Silverio sagte auf einer Pressekonferenz, er würde den OAS 90 Punkte (von 100 möglichen) verleihen. Die Spiele würden sich durch das Vermächtnis, das sie der Zukunft hinterlassen, auszeichnen. Sie seien für Macaus weitere Entwicklung vielversprechend und notwendig, wenn Macau – wie Hongkong – eine internationale Stadt werden solle (SCMP, 7.11.05).

Seit neun Jahren hat sich Macau auf die Spiele vorbereitet. Die Kosten beliefen sich nach Aussage des Sekretärs für soziale Angelegenheiten und Kultur, Fernando Chui Sai On, auf ca. 4,3 Mrd. MPtc (543 Mio. US\$), mehr als doppelt so viel wie noch vor einigen Jahren veranschlagt (2 Mrd. MPtc = 250 Mio. US\$). In der Summe enthalten sind auch die Kosten für den Bau von Einrichtungen, die zwar im Zusammenhang mit den Spielen entstanden, letztendlich aber dem Gemeinwesen zugute kommen wie neue Gebäude für die Technische Hochschule, neue Unterkünfte an der Universität von Macau, eine neue Schule und ein Jugendzentrum. 3 Mrd. MPtc investierte die Regierung in Sportstätten; allein elf Anlagen wurden völlig neu gebaut mit dem 640 Mio. MPtc (80 Mio. US\$) teuren Macau Dome – ein dreistöckiger Bau mit 8.000 Sitzen und zwei separaten Hallenpavillons – als Zentrum. Es ist Macaus modernster Bau seit dem Macau Tower. Auch das Schwimmzentrum (1.500 Sitze) beeindruckt mit einem Olympiabecken mit zehn Bahnen sowie zwei Becken mit Sprungtürmen.

Macau hat in den letzten Jahren als Veranstalter internationaler Sportereignisse an Profil gewonnen. Neben dem jährlichen Grand Prix, der im September zum 52. Mal durchgeführt wurde, ist es Gastgeber des jährlichen Macau International Marathon und Macau Golf Open. Nach den OAS in diesem Jahr wird Macau im nächsten Jahr die Eröffnungsspiele der Vereinigung der portugiesischsprachigen Olympischen Komitees ausrichten und im Jahr 2007 die 2. Hallen-Asien-Spiele. Im Jahr 2008 wer-

den in Doha in Katar die Asien-Spiele stattfinden, und im Jahr 2009 wird Hongkong Ausrichter der 5. Ostasien-Spiele sein. (RMRB, 30.10., 7.11.05; XNA, 29.10.05; SCMP, 12., 30.10., 3., 7.11.05; IHT, 1.11.05; <http://www.blogmacau.info>, 28., 29.10., 1.12.05, Aufruf: 2.12.05; <http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/16/0,1872,2391856,00.html>, Aufruf: 2.12.05; <http://edition.cnn.com/2005/SPORT/09/26/easian.games.main>, Aufruf: 2.12.05)

Taiwan

Hans-Wilm Schütte

36 Diplomatische Beziehungen mit Senegal abgebrochen

Nachdem der Außenminister der afrikanischen Republik Senegal in Beijing die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der VR China bekannt gegeben hatte, erklärte Taiwan seine Beziehungen mit dem Senegal am 25. Oktober für beendet. Außenminister Mark Chen (Chen Tangshan) und der Leiter des staatlichen Nachrichtendienstes boten ihren Rücktritt an. Taiwans Diplomaten und nachrichtendienstlichen Mitarbeitern in Dakar war offenbar entgangen, was sich dort zusammenbraute. Chen erklärte, er fühle sich von Senegal betrogen, da ihm angesichts wirtschaftlicher Aktivitäten der VR China im Senegal mehrfach versichert worden war, diese hätten keine Auswirkungen auf die Beziehungen mit Taiwan. In der Tat scheint Senegals Präsident Abdoulaye Wade nur sehr wenige enge Vertraute in seine Pläne eingeweiht zu haben.

Senegal zählte zu Taiwans wirtschaftlich stärksten Partnern in Afrika – die anderen sind Malawi, São Tomé und Príncipe, Gambia, Swasiland, Tschad und Burkina Faso. Befürchtet wird in Taiwan vor allem, dass Senegals Schritt eine Signalwirkung entfaltet und andere afrikanische Verbündete nachzieht.

Unabhängig von eventuellen Versäumnissen auf Seiten des Außenministeriums und des Nachrichtendienstes ist es kaum wahrscheinlich, dass Taiwan Senegals Wechsel auf die Seite Beijings hätte verhindern können, denn die politische und mittlerweile auch wirtschaftliche Großmacht VR China kann ein verantwortungsbewusster Politiker kaum noch ignorieren. Zudem wirbt Beijing Taiwans Verbündete seit längerer Zeit gezielt ab, um Taiwan außenpolitisch noch mehr zu isolieren. In Taiwan wurde kolportiert, dass Beijing dem Senegal Wirtschaftshilfe im Umfang von 600 Mio. US\$ zugesagt habe.

Unterhielt Taiwan im Jahr 2000 noch volle diplomatische Beziehungen mit 29 Staaten, sind es nunmehr noch 25. Offenbar stellt man sich in Taiwan auf einen weiteren Schwund ein (vgl. die folgende Dokumentation).

Taiwan beendete alle Wirtschaftshilfe für den Senegal; auch 30 senegalesische Studenten, die mit Stipendien der taiwanischen Regierung in Taiwan waren, mussten das Land verlassen. Die Rücktrittsgesuche des Außenministers und des Geheimdienstchefs wurden abgelehnt. (CNAT, nach BBC PF, 25.10., 26.10.05; TT, 27.10., 28.10., 2.11.05)

37 Taiwan stellt sich auf Ende der diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan ein

Die Beziehungen zum Heiligen Stuhl gelten schon seit einigen Jahren als gefährdet, da klar ist, dass der Vatikan die Regierung in Beijing anerkennen wird, sobald man mit ihr über Fragen der Religionspolitik Einigkeit erzielt hat. Dies wurde zuletzt im April vom Hongkonger Bischof Joseph Zen Ze-kium (Chen Rijun) ausdrücklich bestätigt (vgl. C.a., 3/2005, Dok 51). Inzwischen scheint man sich in Taipeh auf das Ende der Beziehungen mit Taiwans einzigem Verbündeten in Europa einzustellen. Nur so ist es erklärlich, dass Mark Chen den Heiligen Stuhl bat, Taiwan „mit Würde“ zu behan-

deln, wenn es zum Abbruch der Beziehungen komme. Man verstehe die Situation, in der sich der Papst angesichts der großen Zahl festlandschinesischer Katholiken befinde.

Die Äußerungen fielen im Vorfeld eines Taiwan-Besuchs von Jean-Louis Tauran, der von 1990 bis 2003 als Außenminister des Vatikans fungierte und in Taibei von Präsident Chen Shui-bian mit einem Orden ausgezeichnet wurde. Die zahlreichen wechselseitigen Lobeshymnen, die bei der Gelegenheit angestimmt wurden und die beiderseits geäußerten Überzeugungen, wonach sich die Beziehungen zwischen beiden Seiten weiter festigen werden, können freilich nicht über die tatsächliche Interessenlage in Rom hinwegtäuschen. Gegenüber dem Legislativ Yuan erklärte Mark Chen, die Beziehungen seien „leicht gefährdet“. Treffender wäre gewesen zu sagen, offen sei nicht das Ob, sondern das Wann. (TT, 24.11., 26.11.05; CNAT, nach BBC PF, 26.11.05)

38 Delegationsreise ebnet Weg für chinesischen Taiwan-Tourismus

Ende Oktober traf ein hochrangiger Funktionär aus Beijing in Taiwan ein: Shao Qiwei, der Leiter des Fremdenverkehrsamts, das direkt dem Staatsrat (Kabinett) untersteht. Begleitet wurde er von einer 66-köpfigen Delegation. Die Gruppe blieb neun Tage und reiste einmal rund um die Insel, um sich ein Bild davon zu machen, welche Attraktionen Taiwan für festländische Touristen bereithält. Gastgeber war ein nichtstaatlicher Fremdenverkehrsverein.

Taiwan gestattete diesen Besuch, da im festländisch-chinesischen Taiwan-Tourismus eine große Chance für die Zukunft gesehen wird; zudem hat sich Taiwan generell zum Ziel gesetzt, den Fremdenverkehr zu stärken, um erheblich mehr ausländische Gäste anzulocken als bisher. Die VR China machte den Formosa-Besuch Shaos wiederum zur Voraussetzung dafür, den eigenen Bürgern touristische Taiwan-Reisen zu

gestatten. Bisher finden solche Reisen nur im begrenzten Rahmen einer Versuchsphase statt. 2004 kamen insgesamt 145.000 VR-Chinesen auf die Insel. In Beijing wurde eine Ausweitung auf 360.000 Besucher jährlich vorgeschlagen. Taibei reagierte verhalten positiv und erklärte, man sei bereit, täglich 1.000 festländische Gäste für eine Aufenthaltsdauer von zehn Tagen zu akzeptieren.

Die taiwanische Regierung, sonst stets auf protokollarische Details bedacht, die den eigenen Status als unabhängige Nation dokumentieren sollen, verzichtete in diesem Fall auf alles, was Shao als Provokation hätte auffassen können, also insbesondere die Begegnung mit gleich- oder höherrangigen Offiziellen. Li Ling-san, Minister für Transport und Verkehr, mochte dies allerdings nicht zugeben und erklärte, er habe leider keine Zeit, Shao zu treffen.

Dennoch kaum es zu protokollarischen Querelen: Die Delegation verlangte von einem Hotel, in dem sie nächtigte, aus der Halle ein Porträt von Chen Shui-bian sowie die Staatsflagge der „Republik China“ zu entfernen. Die Union für Taiwan-Solidarität (TSU) forderte die Regierung daraufhin auf, die Delegation des Landes zu verweisen.

Trotz des Wunsches, Taiwan durch Touristen vom Festland neue Einnahmequellen zu erschließen, hegt das „grüne“, unabhängigkeitsorientierte Lager (und das heißt auch: die Regierung) nach wie vor erhebliche Bedenken und Ängste. Befürchtet werden Spionageaktivitäten und Sabotageakte, letztere wohl eher zu Unrecht, erstere wohl zu Recht. Mit den ersten Pauschalreisegästen vom Festland wird für den März gerechnet. (CNAT, nach BBC PF 26.10.05; TT, 29.10., 2.9., 7.9.05; ST, 29.10.05)

39 Umfangreicher Korruptionsskandal belastet DPP

Der Skandal um thailändische Arbeiter, die im südtaiwanischen Kaohsiung (Gaoxiang) beim U-Bahnbau eingesetzt worden sind und un-

ter sklavensähnlichen Bedingungen gehalten wurden, bis sie im August rebellierten (vgl. C.a., 5/2005, Dok 49), zog im Oktober und November immer größere Kreise bis in den Präsidentenpalast in Taibei. Anfang Dezember zeichneten sich unübersehbare politische Auswirkungen ab.

Bereits Ende September waren im Zusammenhang mit der Anwerbung der thailändischen Arbeiter Bestechungsvorwürfe laut geworden. In diesem Kontext wurde auch der Name des Präsidentenberaters und früheren stellvertretenden Generalsekretärs des Präsidentenbüros Chen Che-nan (Chen Zhe'nan) genannt. Ministerpräsident Frank Hsieh (Xie Changting) versicherte jedoch, Chen Che-nan, seit 12 Jahren politischer Weggefährte und enger Vertrauter des Präsidenten, habe mit derlei Vorgängen nichts zu tun; Chen war in Verdacht geraten, da der damalige, wegen der Gastarbeiteraffäre zurückgetretene Bürgermeister von Kaohsiung, Chen Chi-mai (Chen Qimai), sein Sohn ist. (TT, 27.9.05).

Hsiehs Ehrenerklärung erwies sich jedoch als voreilig, sofern er nicht bewusst gelogen hat. Chen Che-nan geriet ins Visier der Staatsanwaltschaft und reichte Anfang Oktober sein Rücktrittsgesuch ein, das Präsident Chen Shui-bian am 5. Oktober annahm; gleichzeitig erklärte der Präsident, die staatsanwaltlichen Ermittlungen fänden seine volle Unterstützung. (WSJ, 5.10.05; TT, 6.10.05) Da Ministerpräsident Hsieh bis Januar 2005 Bürgermeister von Kaohsiung war, tauchte zudem der Verdacht auf, auch er könne in die Vorgänge um den U-Bahnbau involviert sein. Eine Untersuchungskommission unter Leitung der derzeitigen Ministerpräsidentin Yeh Chu-lan (Ye Julan) bestätigte zwar am 21. Oktober, dass es bei der Auftragsvergabe unter Frank Hsieh zu keinen Interessenskonflikten oder Unregelmäßigkeiten gekommen sei; doch war dies nicht das letzte Wort in der Affäre. Hinsichtlich eines weiteren Präsidentenberaters, des damaligen stellvertretenden Vorsitzenden der U-Bahn-

gesellschaft von Kaohsiung Chen Min-hsien (Chen Minxian), erkannte die Kommission jedoch, er habe seine Macht missbraucht und auf die Auftragsvergabe zugunsten einer bestimmten Firma Einfluss genommen.

Ende Oktober weitete sich die Affäre aus. Chen Che-nan, der weiterhin beteuerte, nicht in den Skandal um die U-Bahnaufträge verwickelt gewesen zu sein, musste nach entsprechenden Medienberichten zugeben, mit Chen Min-hsien im November 2002 ein Kasino in Südkorea besucht zu haben und zwar ohne die Genehmigung, die für Auslandsreisen taiwanischer Staatsdiener gesetzlich vorgeschrieben ist. Daraufhin entzog die DPP Chen die Parteimitgliedschaft. Die Partei hatte es eilig, da Auswirkungen auf die Regionalwahlen am 3. Dezember befürchtet wurden – zu Recht, wie mittlerweile klar ist. Nach einem staatsanwaltlichen Verhör musste Chen eine Kautions von 500.000 NT\$ beibringen, um auf freiem Fuß zu bleiben. Hatten sich die Medien schon vorher lustvoll der Affäre bemächtigt, durfte nun öffentlich gezweifelt werden, ob Präsident Chen Shui-bian von den illegalen Reisen seiner Berater gewusst hatte. (TT, 29.10.05) Der Präsident bestritt dies, fand aber erwartungsgemäß wenig Zuspruch. (TT, 28.10., 29.10., 30.10., 31.10.05)

Die Affäre war damit nicht beendet, sondern gewann noch eine weitere Dimension, als sich nach Angaben der Staatsanwaltschaft herausstellte, dass eben jene Firma, die im Auftrag der U-Bahnbauer thailändische Arbeitskräfte angeheuert und unter menschenunwürdigen Umständen untergebracht hatte, von thailändischen Arbeitsvermittlern Schmiergelder kassiert und Chen Che-nan zwei Thailand-Reisen sowie besagte Südkorea-Reise finanziert hatte. Erstmals wurde eine Spur erkennbar, die von den Menschenrechtsverletzungen, die im Gasterbeiteraufstand endeten, bis in den Präsidentenpalast führte. Bei einer internen Überprüfung im Präsidentenbüro wurde zudem festgestellt, dass Chen Che-nan eine Büromitarbeiterin dazu bewegt hatte,

für ihn Börsengeschäfte zu tätigen zur Umgehung eines entsprechenden Verbots, das Insiderhandel verhindern soll. Die Öffentlichkeit staunte und die Opposition frohlockte: illegaler Aktienhandel quasi unter den Augen des Staatsoberhauptes! Auf dem Konto von Präsident Chen Shui-bians anderem inkriminierten Berater, Chen Min-hsien, fand die Staatsanwaltschaft illegal kassierte Maklergebühren. (TT, 30.10., 5.11., 7.11.05)

Im Laufe des Novembers weitete sich die Affäre auf immer mehr Personen aus, wobei allerdings von politisch interessierten Kreisen auch lauter falsche Anschuldigungen und Spekulationen vorgebracht wurden. Mehrere Beteiligte überzogen einander mit Verleumdungsklagen. Im Zuge des immer hitzigeren politischen Streits geriet auch Ministerpräsident Hsieh, in dessen Bürgermeisterämter die Auftragsvergabe zum U-Bahnbau erfolgt war, wieder in Verdacht, auf die damaligen Entscheidungen zugunsten bestimmter Firmen Einfluss genommen zu haben. Zu seiner Entlastung konnte er allerdings anführen, dass die Staatsanwaltschaft deswegen bereits im Jahr 2001 Untersuchungen durchgeführt, jedoch keine Unregelmäßigkeiten festgestellt hatte. (TT, 23.11.05) Zuvor allerdings hatte er angekündigt, er wolle zurücktreten, wenn Chen Min-hsien der vollendeten Bestechung überführt würde. (TT, 16.11.05)

Die Staatsanwaltschaft teilte den immer unübersichtlicher werdenden Komplex Anfang November in elf Untersuchungsbereiche auf und erhob schließlich Anklage gegen 22 Personen, darunter Chen Che-nan und Chen Min-hsien. Laut Staatsanwaltschaft handelt es sich um das umfangreichste Verfahren in der taiwanischen Justizgeschichte (TT, 8.10., 22.10., 7.11.05)

Die Auswirkungen des Skandals sind für die DPP verheerend und bislang noch nicht abschließend zu überblicken. Die DPP, mit der Forderung nach Freiheit und Menschenrechten groß geworden und Anführerin wie moralische Autorität im

Kampf gegen die KMT-Politmafia und den KMT-Filz aus Politik und Wirtschaft, erlebt ein Glaubwürdigkeitsdebakel sondergleichen. Der Ansehensverlust der Partei führte unter anderem zu einem dramatischen Stimmeneinbruch bei den Regionalwahlen am 3. Dezember. (TT, 4.12.05; mehr dazu im nächsten Heft) Dass Frank Hsieh noch lange im Amt bleiben kann, ist zweifelhaft. Die moralische und politische Autorität des Präsidenten ist stark geschwächt, auch wenn ihm zugute gehalten werden kann, dass er sich für eine rückhaltlose Aufklärung aussprach, sich rasch von seinen falschen Freunden trennte und allem Anschein nach auch sonst in die Geschichte nicht verwickelt ist. Die Opposition, jahrzehntelang ein Hort der Korruption, triumphiert. Das Parlament wird mit den Stimmen von PFP und KMT den Präsidenten mehr als bisher an die Wand drücken. Ein Generationswechsel in der politischen Führung der DPP scheint unausweichlich.

40 Parteien im Umfragetief

Die Politikverdrossenheit, die schon die letzte Parlamentswahl prägte (vgl. C.a., 12/2004, S. 1322f.), hat unterdessen weiter zugenommen, und zwar auf Grund des Kaohsiunger Korruptionsskandals vor allem zu Lasten der DPP. Im Oktober gab es dazu zwei Umfragen. Die erste vom 7. und 8. Oktober enthüllte geradezu desaströse Werte für die DPP. Demnach stimmen ihr nur noch 24% der Befragten zu, während es bei der großen Rivalin KMT noch 35% sind. Lediglich die kleinen Parteien stehen besser dar, wenn ihre ohnehin kleinere Anhängerschaft in Rechnung gestellt wird. Hier lagen die Zustimmungswerte bei 20% für die PFP und bei 19% für die TST.

Das einstige Zugpferd der DPP, Präsident Chen Shui-bian, schnitt mit 25% Zustimmung nicht besser ab als seine Partei – im eklatanten Gegensatz zur Zeit seines Amtsantritts im Jahr 2000, als er sogar viele Opposition Anhänger für sich einnahm und einen Zustimmungswert von 79% er-

zielte. Analog dazu stieg der Prozentsatz derer, die die Politik des Präsidenten dezidiert ablehnen, auf 54%, ebenfalls ein neuer Rekord und kaum noch besser als der Ablehnungswert von 56% für die DPP.

Das Maß an Politikverdrossenheit erhellt aber erst der Vergleich mit der KMT. Die größte Oppositionspartei steht zwar mit 35% Zustimmung vergleichsweise gut da, doch fiel dieser Wert gegenüber Juli, als die Wahl von Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) zum neuen Parteivorsitzenden anstand, um 14 Prozentpunkte. Vermutlich profitiert die KMT gegenüber der DPP nach wie vor noch vom Ansehen, das Ma genießt, der noch nicht so verbraucht ist wie Chen Shui-bian; der Einbruch im Zustimmungswert jedoch zeigt, dass Ma bislang nicht zu überzeugen vermochte. In der Tat hat er bislang nichts bewegt und vor allem nicht das vielfach ersehnte Ende der Konfrontations- und Blockadepolitik im Parlament herbeigeführt. Die politische Mitte, der sich die taiwanischen Bürger in großer Mehrheit zugehörig fühlen, ist von Ma offenbar teilweise enttäuscht. (CNAT, nach BBC PF, 9.10.05; TT, 10.10.05)

Eine erneute Umfrage zur politischen Akzeptanz der DPP Ende Oktober bestätigte die schlechten Werte von Anfang des Monats: 25% Zustimmung, 60% Ablehnung. Jetzt aber wurde auch gefragt, ob die DPP eine korrupte Partei sei. 52% stimmten dieser Aussage zu, nur 23% hielten die DPP für sauber. Für eine Partei, die gegenüber der notorisch korrupten KMT stets ihre weiße Weste hervorkehren konnte, sind diese Zahlen schlicht katastrophal. (CNAT, nach BBC PF, 30.10.05)

41 Taiwan im globalen Korruptionsindex auf Rang 32

Transparency International veröffentlichte im Oktober ihren diesjährigen Korruptionswahrnehmungsindex. Er basiert auf Umfragen unter „erfahrenen Geschäftspersonen und Analysten“ und gibt an, welche Rolle Bestechlichkeit in der durchschnittlichen Wahrnehmung der Be-

troffenen in den einzelnen Ländern spielt. Die 2005er-Liste wird von Island, Finnland und Neuseeland angeführt; einziger asiatischer Staat unter den besten zehn ist Singapur. Deutschland liegt zwischen Hongkong und den USA auf Rang 16. Taiwan schaffte unter 159 berücksichtigten Ländern Rang 32 und liegt damit gleichauf mit Botswana, Katar und Uruguay. Da Taiwan im Jahr zuvor noch auf Platz 35 gelegen hatte, könnte insofern eine leichte Verbesserung konstatiert werden, eine längerfristige Tendenz ist damit jedoch nicht unbedingt verbunden, da Taiwans Rang in den letzten zehn Jahren zwischen 25 und 35 schwankte. Die Werte sind allerdings ohnehin nicht direkt vergleichbar, da auch die Zahl der berücksichtigten Staaten von Jahr zu Jahr schwankt; so rangierte Taiwan im Jahr 2000 zwar auf Rang 28, lag damit aber am Ende des ersten Drittels unter 90 bewerteten Ländern im Grunde schlechter als jetzt.

Aussagekräftiger ist der Punktewert. Hier gilt 10 als „frei von Korruption“, 0 als „extrem von Korruption befallen“. Während Deutschland ein Spektrum von 7,9 bis 8,5 Punkten aufweist, liegt Taiwan mit 5,4 bis 6,3 Punkten klar darunter. Die Inselrepublik gilt mithin als Staat „mittlerer Integrität“. Wie der örtliche Vertreter von Transparency International erklärte, habe der Kampf gegen Korruption in den letzten zehn Jahren nur geringe Fortschritte erzielt.

Taiwan mag sich damit trösten, dass sein großer Rivale deutlich schlechter abschnitt: Die VR China landete mit einem Punktewert von 2,9 bis 3,5 nur auf Platz 78. Taiwan genießt insofern einen klaren Standortvorteil. (TT, 19.10.05; www.transparency.org/surveys/index.html#cpi)

42 Ausfuhrbestellungen auf Rekordniveau

Taiwans Industrie meldete im September bei den Ausfuhrbestellungen ein überraschend hohes Plus von 22% gegenüber dem Vorjahresmo-

nat. Zurückgeführt wurde dies auf eine Kombination aus drei Faktoren: auf die sich stabilisierende Weltwirtschaft, einen schwachen Taiwan-dollar und das kommende Weihnachtsgeschäft. Nachgefragt wurden vor allem Flüssigkristalldisplays und elektronische Chips; insgesamt legten die Bestellungen an taiwanischer Elektronik sogar um 25% zu. Überdurchschnittlich viele Bestellungen kamen aus Japan (+34%) und Hongkong bzw. China (zusammen +34,2%).

Die Industrieproduktion zog um 6,3% an. Die entsprechenden Augustwerte waren allerdings noch etwas günstiger ausgefallen. Erfreulicher Nebeneffekt: Die Erwerbslosenquote sank auf 4% und damit auf den niedrigsten Wert seit vier Jahren.

Aufgrund gestiegener Importpreise war im Jahr 2005 bislang allerdings ein stark sinkender Handelsbilanzüberschuss zu verzeichnen gewesen: von Januar bis September minus 70% gegenüber dem Vorjahreszeitraum, sodass bereits damit gerechnet wurde, dass die Handelsbilanz 2006 negative Werte annimmt. Diese Gefahr hat sich mit der starken Zunahme bei den Ausfuhrorders deutlich verringert. (WSJ, 10.10., 26.10.05; HT, 24.10.05)

43 Parlament ordnet Medienkontrolle neu

Am 25. Oktober verabschiedete der Legislativ Yuan ein Gesetz zur Einrichtung eines Nationalen Kommunikationsrats, der zentrale Medienkontrollfunktionen vom bisherigen Regierungsinformationsamt (Government Information Office, GIO) übernehmen wird. Das GIO soll im Zuge der Neustrukturierung gänzlich abgeschafft werden.

Das Gesetz war zwischen Regierung und Oppositionsmehrheit höchst umstritten. Am 11. Oktober kam es deswegen im Parlament zu einer derart heftigen Prügelei, dass zwei Abgeordnete anschließend im Krankenhaus behandelt werden mussten. (CNAT, nach BBC PF, 11.10.05; ST, 12.10.05)

Während beide Seiten die Fahne der Presse- und Informationsfreiheit schwenkten, sahen sie ebendiese durch die jeweils andere Seite gefährdet. Die Regierungspartei DPP lehnte den Gesetzentwurf der Opposition ab, der eine parteiparitätlich besetzte Medienkontrollkommission vorsah – darin hätten die Vertreter der Opposition die Mehrheit gehabt. Die Regierung dagegen betonte, die Medienkontrolle sei Aufgabe der Exekutive. Der Druck auf die Regierung war jedoch gewachsen, nachdem das GIO Anfang August sieben Fernsehsendern (vorwiegend von Kabelprogrammen) wegen eingegangener Beschwerden die Erneuerung der Sendelizenzen verweigert hatte, aber nicht in der Lage war, die Entscheidungsfindung transparent zu machen. (TT, 2.6.05; SCMP, 3.8.05; WSJ, 5.8.05)

Nachdem das Vorhaben im Gesetzgebungsapparat ein Jahr lang hin und her geschoben worden war, kam es nun schließlich doch noch zu einem passabel wirkenden Kompromiss. Nach dem neuen Gesetz werden die Parteien 15 Kontrollratsmitglieder gemäß ihrem Proporz vorschlagen. Weitere drei werden vom Ministerpräsidenten nominiert. Aus diesen 18 wird dann eine Auswahl von 13 getroffen, und zwar im Rahmen einer öffentlichen Anhörung durch ein unabhängiges Auswahlgremium, das aus Medienexperten und Wissenschaftlern bestehen und elf Mitglieder umfassen soll. Diese werden wiederum von den Parteien gemäß ihrem Proporz bestimmt. Das Auswahlgremium stimmt öffentlich ab. Im Regelfall ist eine Mehrheit von 60% (also sieben der elf Stimmen) für die Wahl eines Kandidaten in den Kontrollrat erforderlich; können auf diese Weise nicht alle 13 Sitze besetzt werden, genügt die einfache Mehrheit. Die Liste muss dann noch vom Parlament abgesegnet werden.

Um die Gefahr zu minimieren, dass Kontrollratsmitglieder einzelnen Medienfirmen gefällig sind und anschließend selbst davon profitieren, enthält das Gesetz strenge Regeln, die beispielsweise verbieten, dass ein Ratsmitglied innerhalb von

drei Jahren nach dem Ausscheiden für eine Firma tätig wird, die von seinen Entscheidungen in den letzten fünf Jahre tangiert war. Auch ist den Ratsmitgliedern parteipolitische Betätigung untersagt. (CNAT, nach BBC PF, 25.10.05; ST, 26.10.05; TT, 26.10.05)

Die Regelung trägt vorwiegend die Handschrift der Opposition, verspricht aber dank deutlich höherer Transparenz des Verfahrens eine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustand. Ob auf diese Weise überhaupt ein Kontrollgremium zustande kommen wird oder eine wechselseitige Blockade der politischen Kontrahenten dem entgegensteht, bleibt abzuwarten. Die Vorgänge im November lassen allerdings nichts Gutes erwarten. Die DPP verlangte nämlich bereits von der KMT, ihre Kontrollratskandidaten auszuwechseln: Die Vorgeschlagenen seien „ungeeignet“, es handle sich um Parteiapparatschiks oder abgehalfterte Politiker; keiner besitze Medienerfahrung. (TT, 24.11.05)

44 Taiwan genießt höheres Ansehen als die VR China

Taiwan kann sich über ein positives Bild seiner selbst im Ausland freuen. Im Mai und Juni hatte das amerikanische Meinungsforschungsinstitut Gallup eine Umfrage unter 1.500 zufällig ausgewählten Erwachsenen sowie 200 Meinungsführern aus den USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Japan durchgeführt und festgestellt, dass 60% der Befragten Taiwan als souveränen Staat ansehen und von Taiwan zudem eine stärker positiv besetzte Vorstellung haben als von der VR China. Besonders ausgeprägt ist diese Einstellung in Japan: Dort genießt Taiwan eine fast doppelt so hohe Gunst wie China. Zu Taiwans Vorzügen äußerten sich die Befragten in allen befragten Ländern gleich: Taiwan sei ein Land mit fortgeschrittener Technik, starker Wirtschaft, gutem Essen und schöner Natur; seine Bewohner gelten als fleißig, freundlich und friedliebend. Eine nichtspezifizierte Mehrheit der Befragten sprach sich für eine UNO-

Mitgliedschaft des Inselstaates aus, eine Mehrheit von 72% unterstützt Taiwans Wunsch nach einer Mitgliedschaft in der Weltgesundheitsorganisation WHO. (TT, 25.11.05)

45 Prügelstrafen und Gewalt an Schulen in der Diskussion

Ein Parlamentshearing zur Prügelstrafe an Schulen ließ im Oktober divergierende Einstellungen erkennen. Es ging um den Vorschlag, körperliche Strafen gesetzlich zu verbieten. Die Stiftung Humanistische Erziehung, der Nationale Elternverband und der Nationale Lehrerverband befürworteten den Plan. Vor allem Schuldirektoren sprachen sich mit dem Argument dagegen aus, hier liege keine Frage der Moral, sondern der kulturellen Werte vor. (Dies ist wohl dahingehend zu verstehen, dass Prügelstrafen nach Ansicht von deren Befürwortern von der chinesischen Kultur gutgeheißen werden.) Erziehungsminister Tu Cheng-sheng (Du Zhengsheng) vertrat die Ansicht, Kultur sei kein Argument für Prügelstrafen, doch müsse gefragt werden, ob ein Gesetz das richtige Mittel sei, den erwünschten Wertewandel zu bewirken. (TT, 7.10.05) Laut einer Umfrage unter 3.000 Schülern hatten im letzten Jahr 65% unter irgendeiner Form körperlicher Bestrafung zu leiden.

Mitte November erhielten die Prügelstrafengegner Rückenwind: Das Fernsehen brachte einen Videofilm, den ein Schüler heimlich gedreht hatte, als ein Mitschüler von der Lehrerin gezüchtigt wurde – wegen unpünktlicher Abgabe einer Hausarbeit. Ein DPP-Parlamentarier hat unterdessen eine Ergänzung zum Schulgesetz vorgelegt, die ein Verbot von Prügelstrafen vorsieht. Sowohl Präsident Chen Shui-bian als auch Ministerpräsident Frank Hsieh unterstützen die Gesetzesrevision. (TT, 15.11.05)

Das Problem der Gewalt an Schulen wurde aber noch unter einem anderen Blickwinkel beleuchtet: der Gewalt gegen Lehrer. Während sich al-

lerlei Instanzen um bestrafte Schüler kümmern, würden Lehrer, die von Schülern attackiert werden, allein gelassen und gewöhnlich sei es ihnen peinlich, darüber auch nur zu reden, verlautete aus Kreisen der DPP. (TT, 5.11.05)

Damit kam auch die Mafia-Präsenz an Schulen zur Sprache. Ein Parlamentarier der DPP wies darauf hin, dass die taiwanische Mafia Nachwuchs unter Schülern über das Internet rekrutiere. Offenbar geht mindestens ein Teil der 315 Gewaltfälle, die dem Erziehungsministerium von Januar bis August 2005 gemeldet wurden, auf das Konto von jungen Mafia-Mitgliedern, allerdings würden Schüler Übergriffe seitens der Schülermafia aus Furcht oft nicht melden. Auch die Gewalt gegen Lehrer geht zum Teil vom Mafia-Nachwuchs aus. Die Polizei ist nun offenbar entschlossen, in dieser Hinsicht aktiver zu werden und mit dem Erziehungsministerium enger zusammenzuarbeiten. (TT, 7.11.05)